

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

1945

Band 3

Kriegsende ohne Frieden

Band 3/119: 28.07.1945 – 31.07.1945

28.07.1945

SBZ: Konferenz von Potsdam: Zehnte Plenarsitzung vom 28. Juli 1945 (x867/...):

>>>Die sowjetische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom 25. Juli 1945 und teilt folgendes mit:

1. Die amerikanische Delegation hat vorgeschlagen, auf der Sitzung der Minister die Frage der Wasserstraßen zu erörtern. Sie hat den Wunsch geäußert, daß diese Frage vorher in einer Kommission beraten wird. Die englische und die sowjetische Delegation erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden, und es wurde eine Kommission in folgender Zusammensetzung gebildet: für die USA - Russell, Riddleberger; für Großbritannien - Ward; für die UdSSR - Gerastschenko, Lawristschew.

2. Ferner warf die amerikanische Delegation die Frage der Überführung der deutschen Bevölkerungsteile aus der Tschechoslowakei auf.

Die englische Delegation erklärte, daß es sich nicht nur um die Überführung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, sondern auch aus Westpolen und Ungarn handelt. Sie äußerte die Meinung, daß die Frage der Überführung dieser Bevölkerung sich unter Kontrolle des Alliierten Kontrollrats befinden wird, der mit den Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns zusammenarbeitet.

Die sowjetische Delegation schlug vor, diese Frage einer Kommission zur vorherigen Prüfung zu übergeben und den von ihr vorbereiteten Entwurf dann auf der Beratung der drei Minister zu behandeln.

Die Delegationen der USA und Englands stimmten dem Vorschlag zu. Es wurde eine Kommission in der folgenden Zusammensetzung gebildet: für die USA - Cannon; für Großbritannien - Harrison; für die UdSSR - Sobolew, Semjonow.

3. Die englische Delegation schlug vor, eine Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz und eine Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines gemeinsamen Beschlußprotokolls der Konferenz zu bilden.

Die Delegationen der UdSSR und der USA stimmten diesen Vorschlägen zu. Es wurde beschlossen, folgende Kommissionen zu bilden:

a) zur Vorbereitung des Entwurfs einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz: für die USA - Walter Brown, Wilder Foote; für die UdSSR - Sobolew, Golunskij;

b) zur Vorbereitung des Entwurfs eines gemeinsamen Beschlußprotokolls der Konferenz: für die USA - Dunn, Matthews, Cohen; für die UdSSR - Gromyko, Kosyrew, Gribanow; für Großbritannien (für beide Kommissionen)- Bridges, Brook, Hayter und Dean.

Die sowjetische Delegation berichtet des weiteren über die Sitzung der Außenminister am 27. Juli 1945 und teilt mit, daß auf der Tagesordnung der Sitzung der drei Außenminister die folgenden Fragen gestanden haben:

I. Über Fragen, deren Behandlung nicht abgeschlossen ist. Es wurde festgestellt, daß bis zum

gegenwärtigen Zeitpunkt die Behandlung folgender Fragen nicht abgeschlossen ist:

- 1. Über die wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands.*
- 2. Über die Reparationen aus Deutschland.*
- 3. Über die Reparationen aus Italien und Österreich.*
- 4. Über die Erdölversorgung Europas.*
- 5. Über die Aufnahme Italiens und anderer ehemaliger Vasallenländer als Mitglieder in die Organisation der Vereinten Nationen.*
- 6. Über die Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa.*
- 7. Über die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen für Italien und andere Länder.*
- 8. Über die Westgrenze Polens.*
- 9. Über die Zusammenarbeit bei der Lösung dringlicher europäischer Wirtschaftsprobleme.*
- 10. Über die Kriegsverbrecher.*
- 11. Über die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn.*
- 12. Über die Ergänzung der politischen Grundsätze der Behandlung Deutschlands durch zwei Punkte aus Punkt 13 des Entwurfs über die wirtschaftlichen Grundsätze.*
- 13. Über die deutsche Flotte.*
- 14. Über die internationalen Binnenwasserstraßen.*

II. Über die Zulassung Italiens und anderer Länder, die einen Waffenstillstand geschlossen haben und Mitkämpfer an der Seite der Alliierten geworden sind, zur Organisation der Vereinten Nationen.

Die USA-Delegation erklärte, daß sie, falls die sowjetische und die englische Delegation keine Einigung über die Fassung des Dokuments zu dieser Frage erzielen können, mit Einverständnis des Präsidenten der USA vorschlägt, diesen Punkt völlig von der Tagesordnung der Konferenz zurückzuziehen. Die amerikanische Delegation fügte hinzu, daß ihrer Meinung nach in erster Linie lebenswichtige Fragen behandelt werden müssen, insbesondere die Fragen der Reparationen, der deutschen Flotte und der Westgrenze Polens.

Die englische Delegation schlug vor, die von der sowjetischen Delegation eingebrachte Formulierung des letzten Satzes in Absatz 3 durch folgenden Satz zu ersetzen:

"Der Abschluß von Friedensverträgen mit den verantwortlichen, demokratischen Regierungen in diesen Staaten wird es den drei Regierungen gestatten, normale diplomatische Beziehungen mit ihnen wiederaufzunehmen und ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen."

Die sowjetische Delegation erklärte diese Abänderung für unakzeptabel.

Da auf der Beratung der drei Minister keine Einigung in dieser Frage erzielt wurde, beschloß man, sie den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.

III. Über die Reparationen aus Deutschland.

Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie die Arbeit der Reparationskommission als unbefriedigend einschätzt und vorschlägt, die Frage der Reparationen aus Deutschland unmittelbar auf der Beratung der drei Minister zu behandeln.

Dieser Vorschlag fand keinen Widerspruch. Daraufhin las die sowjetische Delegation Punkt 4 des Krim-Protokolls über die Reparationen vor und richtete, unter Bezugnahme auf die Erklärung des amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission, wonach er die Zustimmung der USA-Regierung zu dem in diesem Punkt dargelegten Beschluß zurückzieht, an die amerikanische Delegation die Anfrage, ob die USA-Regierung weiterhin an den Krim-Beschlüssen zu dieser Frage festhält oder ihre Position ändert.

Die amerikanische Delegation erklärte, daß es sich um ein Mißverständnis handelt. Die USA-Regierung hatte auf der Krim zugestimmt, die Zahl von 20 Milliarden Dollar als Diskussionsgrundlage zu akzeptieren, doch seither haben sowjetische und alliierte Armeen in Deutschland große Zerstörungen angerichtet, einige Gebiete wurden von Deutschland losgetrennt,

und man kann praktisch nicht von jener Gesamtsumme ausgehen, die von der amerikanischen Delegation in Jalta als mögliche Diskussionsgrundlage akzeptiert wurde.

Die englische Delegation erklärte, daß sie keinerlei Vorschläge einbringen will.

Auf Vorschlag der amerikanischen Delegation wurde es als zweckmäßig erachtet, die Behandlung dieser Frage auf die folgende Beratung der drei Minister zu vertagen und dann über diese Frage den Chefs der drei Regierungen Bericht zu erstatten.

IV. Über die Reparationen aus Österreich und Italien.

Die sowjetische Delegation schlug vor, der weiteren Erörterung dieser Frage die von ihr vorgelegten Vorschläge über die Reparationen aus Österreich und die Reparationen aus Italien zugrunde zu legen.

Die amerikanische Delegation erklärte, daß sie es für nicht möglich erachtet, aus Österreich und Italien Reparationen in Gestalt von Lieferungen aus der laufenden Produktion zu entnehmen. Nach Ansicht der amerikanischen Delegation ist nur eine einmalige Entnahme von Ausrüstung der Kriegsindustrie möglich, die nicht für friedliche Zwecke genutzt werden kann.

Die englische Delegation erklärte, daß sie sich der Meinung der USA-Delegation anschließt.

Weil eine Übereinstimmung nicht erzielt wurde, beschloß man, über die aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten den drei Regierungschefs Bericht zu erstatten.

V. Über die wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Auf Vorschlag der USA-Delegation wurde die Erörterung der Frage vertagt.

VI. Über die Erdölversorgung Europas.

Die Erörterung dieser Frage wurde vertagt, da die Kommission ihre Arbeit nicht abgeschlossen hat.

VII. Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa.

Es wurde beschlossen, den Bericht der Kommission zu dieser Frage zu billigen und ihn den drei Regierungschefs mitzuteilen.)

Truman: Welche Fragen werden wir heute noch erörtern - über die Westgrenze Polens oder eine andere Frage?

Stalin: Möglich ist diese Frage, möglich ist auch Italien und die anderen Länder. Welche Zeit steht Ihnen heute zur Verfügung? Können wir eine Stunde arbeiten?

Truman: Das sagt mir zu. Wir werden bis 12 Uhr arbeiten.

Stalin: Ich möchte mitteilen, daß wir, die russische Delegation, einen neuen Vorschlag von Japan erhalten haben. Obgleich man uns nicht so informiert, wie es sich gehört, wenn irgendein Dokument über Japan ausgearbeitet wird, sind wir der Meinung, daß man sich gegenseitig über neue Vorschläge informieren soll. (*Es wird in englischer Sprache die Note Japans über Vermittlung vorgelesen.*) In diesem Dokument ist nichts Neues enthalten. Es gibt nur einen Vorschlag: Japan schlägt uns die Zusammenarbeit vor. Wir wollen im gleichen Sinne antworten wie bereits das letztmal.

Truman: Wir haben keine Einwände.

Attlee: Wir sind einverstanden.

Stalin: Meine Information ist beendet.

Truman: Es gibt zwei Fragen, auf die die sowjetische Delegation in erster Linie unsere Aufmerksamkeit lenken wollte: die erste Frage über Italien und die anderen Vasallenländer und die zweite Frage über die Reparationen aus Österreich und Italien.

Stalin: Außerdem wäre es wünschenswert, die Frage der deutschen Flotte und die Frage der Westgrenze Polens zu stellen.

Truman: Ich denke, daß wir hier jede beliebige Frage erörtern können, und ich bin bereit, jeden beliebigen Vorschlag anzuhören, um dann meine Meinung zu diesen Fragen zu äußern.

Attlee: Ich möchte sagen, daß ich einverstanden bin, alle diese Fragen zu erörtern. Gleichzeitig möchte ich mein Bedauern ausdrücken, daß die Ereignisse in England die Arbeit der Kon-

ferenz gestört haben, aber wir sind bereit, beliebig lange zu bleiben und uns mit beliebigen Fragen zu befassen.

Stalin: Die Frage der Zulassung Italiens und der anderen Länder zur Organisation der Vereinten Nationen wurde auf der vorangegangenen Sitzung der "großen Drei" erörtert. Wie hier jedoch mitgeteilt wurde, entstand bei den Außenministern ein unterschiedlicher Eindruck von den Resultaten dieser Erörterung. Der sowjetischen Delegation schien es, daß diese Frage im wesentlichen zwischen den Chefs der drei Regierungen vereinbart war, nach den Abänderungen, die der Premierminister im Hinblick auf Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland gemacht hatte.

Dort, wo die Rede von den Friedensverträgen ist, wurde beschlossen, die Worte "mit Bulgarien, Rumänien" usw. zu ersetzen durch die Worte "für Bulgarien, Rumänien" usw. Danach wurde die Frage zur Endredaktion an die drei Außenminister überwiesen. Aber auf der Beratung der Minister brachte die englische Delegation eine neue Abänderung zu diesem Entwurf ein, die nicht angenommen wurde.

Auf der Beratung der Regierungschefs ging es darum, wie die Regierungen der genannten Länder zu bezeichnen sind: verantwortliche oder anerkannte. Die russische Delegation ist der Ansicht, daß es für die Regierungen verletzend wäre, wenn man "verantwortliche" sagt, weil sie denken werden, daß man sie jetzt für nicht verantwortliche hält.

Sagt man "anerkannte", wie hier auf der Beratung der drei Regierungschefs beschlossen, vermeidet man die Kränkung. Jede unserer Regierungen kann die Regierungen dieser Staaten anerkennen, wenn sie diese als demokratisch einschätzt. Eine Kränkung der Regierungen wird vermieden und der Sinn, der Inhalt bleibt der gleiche. Wir haben hier einen Beschluß gefaßt, und die Minister sind dann zusammengetreten und haben unseren Beschluß aufgehoben. Das ist nicht richtig. Im Prinzip war das angenommen.

Truman: Ich bitte Herrn Byrnes, sich dazu zu äußern.

Byrnes: Auf der Beratung der drei Außenminister erklärte die sowjetische Delegation, die USA-Delegation habe, soweit sie sich erinnere, ihren Vorschlag angenommen. Im Namen der amerikanischen Delegation sagte ich, daß der Präsident im Prinzip den Vorschlag der sowjetischen Delegation angenommen und dabei gesagt hat, daß man diesen Vorschlag den Außenministern zur redaktionellen Bearbeitung übergeben müsse: Der Präsident dachte dabei nur daran, ein Wort auszutauschen, und zwar das Wort "untersuchen" durch das Wort "prüfen" (im Englischen ist das von Bedeutung). Daher gab es in dieser Frage keine Differenzen zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Delegation.

Ich erklärte aber daraufhin den Außenministern, daß Herr Churchill, soweit ich mich entsinne, Einwände gegen den Vorschlag der sowjetischen Delegation erhoben hatte, die Frage der Anerkennung der Regierungen der Vasallenstaaten zu prüfen. Nach Beendigung der Beratung der drei Regierungschefs teilte mir Herr Churchill mit, daß er mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sei. Ich sagte den Außenministern auch, daß ursprünglich die amerikanische Delegation ihren Vorschlag bezüglich Italiens vorgebracht habe, um diesem gewisse Erleichterungen zu gewähren. In dem Vorschlag wurde lediglich gesagt, daß die drei Mächte erklären, Italien beim Eintritt in die Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die englische Delegation schlug vor, in den Kreis der Länder, deren Beitritt zur Organisation der Vereinten Nationen wir unterstützen werden, einige neutrale Länder aufzunehmen. Wir stimmten dem zu. Die sowjetische Delegation schlug vor, in diesem Dokument einen Punkt über das Franco-Regime aufzunehmen, und um der sowjetischen Delegation entgegenzukommen, fügten wir den Punkt über die ablehnende Haltung der drei Mächte zum Eintritt Spaniens unter dem Franco-Regime als Mitglied in die Vereinten Nationen ein.

Die sowjetische Delegation schlug dann vor, den Punkt über die Regierungen Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und Finnlands aufzunehmen. Mit gewissen Abänderungen stimmten wir

diesem Punkt zu. Daraufhin wurde vorgeschlagen, eine redaktionelle Abänderung an dem Punkt über diese Länder vorzunehmen. Dem stimmten wir ebenfalls zu.

Bedauerlicherweise ergibt sich eine Lage, daß die englische Delegation ihre Zustimmung verweigert, wenn wir mit den sowjetischen Freunden übereinstimmen, und wenn wir mit unseren englischen Freunden übereinstimmen, bekommen wir nicht die Zustimmung der sowjetischen Delegation. (*Heiterkeit*) Und wenn jetzt die sowjetische und die englische Delegation zu einer Einigung über den sowjetischen Vorschlag kommen könnten, wären wir bereit, das Dokument anzunehmen, aber wenn sie keine Einigung erzielen können, sind wir bereit, unsere bescheidenen Vorschläge bezüglich Italiens zurückzuziehen.

Attlee: Herr Präsident, ich bitte Herrn Cadogan zu gestatten, daß er unsere Haltung in dieser Frage darlegt.

Cadogan: Das Dokument, das wir behandeln, betrifft die Frage der Aufnahme Italiens und der anderen Vasallenländer in die Organisation der Vereinten Nationen und möglicherweise auch einiger neutraler Länder. Soweit mir bekannt ist, kann der Wortlaut des Dokuments gebilligt werden, mit Ausnahme von zwei Punkten. Generalissimus Stalin hat bereits über einen dieser Punkte gesprochen, und zwar über den Ersatz der Worte "verantwortliche Regierungen" durch die Worte "anerkannte Regierungen". Mir scheint, daß wir vor zwei Tagen, als wir diese Frage erörterten, dem zustimmten.

Die zweite, kompliziertere Frage betrifft den Punkt drei, wo es heißt, daß die drei Regierungen übereinkommen, in naher Zukunft die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu untersuchen. Herr Churchill erklärte, er sei zwar einverstanden, die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit diesen Ländern zu untersuchen, daß jedoch die Aufnahme dieses Punktes in die Erklärung irreführend sein könnte, weil die Engländer nach der Verfassung keine vollen diplomatischen Beziehungen mit Ländern herstellen können, mit denen sie sich technisch noch im Kriegszustand befinden.

Es wurde ein Kompromißbeschluß des Sinnes vorgeschlagen, daß wir nach Unterzeichnung des Friedensvertrages volle diplomatische Beziehungen mit diesen Ländern wiederaufnehmen könnten. Mir scheint aber, daß unser diesbezüglicher Vorschlag auf Widerspruch seitens der sowjetischen Delegation stieß.

Stalin: Ich habe Herrn Cadogan so verstanden, daß er einverstanden ist, wenn man "anerkannte Regierungen" statt "verantwortliche Regierungen" sagt.

Cadogan: Ja.

Byrnes: Das ist für uns akzeptabel: "anerkannte" statt "verantwortliche".

Stalin: Einen Unterschied in der Lage zwischen Italien und den Alliierten einerseits und zwischen den anderen Ländern und den Alliierten andererseits gibt es hier nicht. Weder in Italien noch in Rumänien, noch in Ungarn, noch in Bulgarien gibt es frei gewählte Regierungen. Eine solche Regierung gibt es nur in Finnland. In allen diesen Ländern wurden die Regierungen ebenso wie in Italien durch Abkommen zwischen den Hauptparteien gebildet.

Da Italien von den USA und der Sowjetunion anerkannt und von der englischen Regierung zu neunzig Prozent anerkannt ist, warum kann man dann nicht die Frage aufwerfen, daß das Problem der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit, sagen wir, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, untersucht wird?

Vom Standpunkt der Demokratie herrscht dort die gleiche Lage wie in Italien. Doch Italien ist von drei Mächten anerkannt. Es heißt hier nicht: Herstellung voller diplomatischer Beziehungen. Ich verstehe eigentlich nicht den Sinn der Abänderung, von der Herr Cadogan sprach. Warum wird ein solcher Unterschied zwischen Italien, das keine frei gewählte Regierung besitzt, und den anderen Ländern, die, außer Finnland, auch keine frei gewählten Regierungen besitzen, gemacht?

Bevin: Besteht der Unterschied nicht vielleicht darin, daß wir im Hinblick auf Italien wissen, wie die Lage dort ist, während uns über die Lage in den anderen Ländern nichts bekannt ist?

Stalin: Es wird Ihnen nicht vorgeschlagen, sich zur Anerkennung dieser Regierungen zu verpflichten. In der Zeit, in der Sie die Frage der Anerkennung beraten, haben Sie die Möglichkeit, sich mit der Lage in diesen Ländern bekannt zu machen.

Bevin: Aber warum soll man diese Verpflichtung übernehmen, bevor man die Lage in diesen Ländern kennt?

Stalin: Wir wußten genauso wenig von Italien, als wir diplomatische Beziehungen mit ihm aufnahmen, vielleicht sogar noch weniger, als Sie heute über diese Länder wissen. Es handelt sich darum, diesen Ländern, angefangen bei Italien bis hin zu Bulgarien, irgendeinen Weg zur Erleichterung ihrer Lage zu eröffnen. Italien wird hier die Perspektive des Eintritts in die Organisation der Vereinten Nationen gegeben.

Das ist bereits der zweite Schritt auf dem Wege zur Erleichterung seiner Lage, während der erste Schritt darin bestand, daß sechs oder acht Monate nach der Kapitulation die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt wurden. Der zweite Schritt auf dem Wege zur Erleichterung der Lage Italiens besteht nun darin, daß wir zwei Jahre nach der Kapitulation Italien die Möglichkeit geben, der Organisation der Vereinten Nationen beizutreten.

Jetzt besteht die Aufgabe darin, hinsichtlich der anderen Länder den ersten Schritt zu tun: zu gewährleisten, daß die Frage ihrer Anerkennung durch die drei Mächte erörtert wird. Es wird vorgeschlagen, dies zehn Monate nach ihrer Kapitulation zu tun. Wenn wir uns bereit erklären, die Lage Italiens zu erleichtern, so muß man in dieser Hinsicht auch irgend etwas für die anderen Länder tun. Darum geht es.

Attlee: Meines Erachtens wurde hier erklärt, daß es für uns unmöglich ist, mit diesen Ländern vor Unterzeichnung des Friedensvertrages volle diplomatische Beziehungen wieder aufzunehmen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Annahme des sowjetischen Vorschlags den Eindruck schafft, als würden wir uns anschicken, hinsichtlich dieser Länder etwas zu tun, was für uns unmöglich ist. Die von der englischen Delegation vorgeschlagene Abänderung besteht darin, daß volle diplomatische Beziehungen mit diesen Ländern erst nach Abschluß der Friedensverträge aufgenommen werden, und sie konstatiert das, was möglich ist.

Stalin: Und wenn man so sagt: Die drei Staaten werden, jeder für sich, die Frage der Herstellung voller oder nicht voller diplomatischer Beziehungen untersuchen. Mit Finnland wird man in jedem Falle die diplomatischen Beziehungen wiederherstellen müssen; es ist schon peinlich, die Lösung dieser Frage hinauszuziehen, da dort eine frei gewählte Regierung gebildet wurde. Es geht um die übrigen Länder.

Attlee: Mir scheint, daß dieser Vorschlag nicht der Wirklichkeit entspricht.

Stalin: Gut, nehmen wir dann die Formulierung der Amerikaner an, statt "untersuchen" zu sagen "prüfen".

Attlee: Mir scheint, daß eine Wortänderung am Wesen der Sache nichts verändert. Eine Anfrage im Parlament wird alles aufdecken.

Stalin: Aber wir verbergen ja nichts. Was ist hier zu verbergen? Eine Sache ist es - zu untersuchen, eine andere Sache - zu prüfen. Sie werden auf jeden Fall diese Frage prüfen. Es wäre merkwürdig, wenn wir die Frage der Anerkennung dieser Regierungen nicht prüfen würden. Was ist hier Schreckliches oder Neues? Ich denke, daß die Engländer sich der amerikanischen Formulierung anschließen könnten. Sie verlieren nichts, sondern gewinnen nur in der öffentlichen Meinung dieser Länder.

Bevin: Wenn wir zurückkehren, wird man uns im Parlament fragen, was das bedeutet, was wir getan haben. Ich möchte dem Volk ganz ehrlich antworten. Wenn ich eine Regierung anerkenne, so erkenne ich diese Regierung wirklich an. Und ich will nicht mit Worten Dinge verschleiern, die man anders auffassen könnte. Ich würde am liebsten den letzten Vorschlag

der Amerikaner annehmen und die Lösung dieser Frage vertagen.

Stalin: Dann wollen wir vertagen.

Truman: Welche Frage werden wir jetzt erörtern - über die Westgrenze Polens oder über die Reparationen aus Italien und Österreich?

(Es wird beschlossen, die Frage der Reparationen zu erörtern.)

Truman: In diesem Falle möchte ich eine Erklärung über die Reparationen aus Italien abgeben. Wie ich bereits am ersten Tag der Erörterung der Frage Italien ausführte, genauer der Frage über die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen für Italien, mußten wir gemeinsam mit der britischen Regierung Italien etwa 500 Millionen Dollar zur Wiederherstellung seiner Wirtschaft zur Verfügung stellen. Wir beabsichtigen, Italien eine weitere halbe Million Dollar zu diesem Zwecke zu geben.

Die USA-Regierung ist bereit, diese Mittel für bestimmte Zwecke zur Verfügung zu stellen, über die ich bereits sprach, und nicht dazu, daß Italien Reparationen an alliierte und andere Länder zahlt. Wenn es in Italien Rüstungsbetriebe mit Schwerindustrie gibt, die von der Sowjetunion benötigt wird, sind wir einverstanden, daß die Sowjetunion diese Ausrüstung nimmt. Aber die Mittel, die wir Italien zur Verfügung stellen wollen, müssen in erster Linie durch den Export aus Italien abgedeckt werden.

Stalin: Man könnte vereinbaren, von Österreich keine Reparationen zu nehmen, da Österreich kein selbständiger Staat war. Aber für unser Sowjetvolk ist es schwer zu begreifen, daß es überhaupt keine Reparationen aus Italien gibt, da es ein selbständiger Staat war, dessen Truppen bis zur Wolga vordrangen und an der Verwüstung unseres Landes mitbeteiligt waren. Österreich hatte keine eigenen Streitkräfte, man kann auf Reparationen verzichten; Italien hatte eigene Streitkräfte, und es muß Reparationen zahlen.

Truman: Wenn es in Italien Objekte für die Reparationsentnahme gibt, so bin ich einverstanden, sie der Sowjetunion zu übergeben. Aber wir sind nicht bereit und lehnen es ab, Italien Geld zur Verfügung zu stellen, damit es mit diesem Geld Reparationen an alliierte und andere Länder zahlt.

Stalin: Ich verstehe den Standpunkt des Präsidenten, aber ich möchte, daß der Präsident meinen Standpunkt versteht. Woher nimmt das Sowjetvolk das moralische Recht, von Reparationen zu sprechen? Daher, daß weite Teile des Territoriums der Sowjetunion durch feindliche Truppen okkupiert waren. Dreieinhalb Jahre befanden sich Sowjetmenschen unter dem Stiefel der Okkupanten. Hätte es keine Okkupation gegeben, hätten die Russen vielleicht kein moralisches Recht, von Reparationen zu sprechen. Vielleicht.

Truman: Ich fühle mit Ihnen durchaus mit.

Stalin: Der Präsident sagt, daß es vielleicht in Italien Ausrüstung gibt, die die Russen benötigen, und daß diese Ausrüstung vielleicht zur Tilgung der Reparationen verwandt wird. Gut, ich will nicht viel fordern, aber ich möchte die ungefähre Summe dieser Reparationen festlegen. Italien ist ein großes Land. Welche Summe kann man von Italien verlangen, wie hoch kann man die Reparationen wertmäßig festsetzen? Wenn der Präsident nicht bereit ist, diese Frage zu beantworten, bin ich bereit zu warten, aber irgendeine Reparationssumme muß man festlegen.

Truman: Ich kann diese Frage jetzt nicht beantworten.

Bevin: Bei Festlegung der Reparationssumme schlage ich vor, das abzusetzen, was Amerika und Großbritannien Italien geben, und nur das in Rechnung zu stellen, was Italien gegenwärtig besitzt.

Stalin: Natürlich, ich habe nicht vor, die Interessen Amerikas und Englands zu beeinträchtigen.

Attlee: Ich möchte sagen, daß wir dem, was der Präsident gesagt hat, voll zustimmen. Gleichzeitig hege ich ein tiefes Mitgefühl mit dem russischen Volk, das so viel erduldet hat. Aber

auch wir haben viel erduldet durch den Überfall Italiens. Auch unser Land ist verwüstet, und man kann sich die Gefühle des englischen Volkes vorstellen, wenn Italien Reparationen aus Mitteln zahlen soll, die ihm faktisch von Amerika und Großbritannien zur Verfügung gestellt wurden. Sollte es allerdings in Italien Ausrüstung geben, die man entnehmen kann, so ist das eine andere Sache, aber einer Bezahlung von Reparationen aus solchen Mitteln, die wir und Amerika gegeben haben, wird unser Volk niemals zustimmen.

Stalin: Wir sind einverstanden, Ausrüstung zu nehmen.

Attlee: Rüstungsanlagen?

Stalin: Rüstungsanlagen.

Attlee: Werden das einmalige Entnahmen von Rüstungsanlagen sein und keine Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion?

Stalin: Einmalige Entnahmen.

Bevin: Ich möchte fragen: Handelt es sich um Rüstungsanlagen für die Produktion von Kriegsmaterial?

Stalin: Nein, warum? Es handelt sich um die Ausrüstung von Rüstungsbetrieben, die für die Produktion von Friedensgütern genutzt wird; die gleiche Ausrüstung entnehmen wir aus Deutschland.

Attlee: Das, was ich im Auge hatte, ist Ausrüstung, die nicht für die Friedensproduktion genutzt werden kann.

Stalin: Jede Ausrüstung kann für die Friedensproduktion genutzt werden. Unsere Rüstungsbetriebe überführen wir jetzt auf die Friedensproduktion. Es gibt keine Rüstungsanlagen, die nicht für die Produktion von Friedensgütern genutzt werden können. Unsere Panzerwerke haben beispielsweise begonnen, Kraftwagen zu produzieren.

Bevin: Es ist sehr schwer zu bestimmen, was Sie nehmen werden.

Stalin: Natürlich können wir die Ausrüstung jetzt nicht benennen. Wir wollen nur, daß hier im Prinzip der Beschluß gefaßt wird, und dann formulieren wir unsere Forderungen.

Truman: Soweit ich verstanden habe, wollen Sie, daß hier im Prinzip vereinbart wird, daß Italien Reparationen zahlen muß?

Stalin: Durchaus richtig. Man muß die Reparationssumme festlegen, wobei ich damit einverstanden bin, eine geringe Summe zu erhalten.

Truman: Ich denke, daß wir im Prinzip keine großen Differenzen in dieser Frage haben. Ich will nur, daß unsere Vorschüsse, die wir Italien gegeben haben, dabei nicht angetastet werden.

Stalin: Ich denke nicht an diese Vorschüsse.

Bevin: Es erhebt sich die Frage: Was soll in erster Linie entnommen werden? Die ersten Ansprüche gegenüber Italien, das sind die Ansprüche Großbritanniens und der USA, die einen Kredit gewährt haben, die zweiten Ansprüche sind die Reparationen.

Stalin: Wir können nicht Italien und andere Aggressoren dadurch belohnen, daß sie straflos aus dem Krieg hervorgehen, ohne auch nur teilweise zu bezahlen, was sie zerstört haben. Darauf zu verzichten heißt, ihnen eine Prämie für den Krieg zu zahlen.

Truman: Ich bin völlig einverstanden mit Ihnen.

Bevin: Ich höre schlecht, das Flugzeug ist schuld. (*Man wiederholt Bevin die Äußerung Stalins.*)

Truman: Ich bin mit der Erklärung des Generalissimus einverstanden, daß der Aggressor keine Prämie erhalten soll, sondern bestraft werden muß.

Stalin: Die Engländer hatten besonders unter Italien zu leiden.

Attlee: Wir vergessen das nicht.

Truman: Legen wir für unsere morgige Sitzung die Uhrzeit fest. Wie gewöhnlich um fünf?

Stalin: Bitte.

Truman: Vielleicht beginnen wir unsere Arbeit um vier Uhr?

Mit allgemeiner Zustimmung beginnen wir die morgige Sitzung um vier Uhr.<<

29.07.1945

SBZ: Der sowjetische Außenminister Molotow fordert am 29. Juli 1945 mit allem Nachdruck die Oder und westliche Neiße als Polens Westgrenze (x039/229).

30.07.1945

Berlin: Die erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats (AKR) findet am 30. Juli 1945 statt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Alliierten Kontrollrat (x051/22): >>Alliiertes Kontrollrat, das nach dem Zusammenbruch auf der Rechtsgrundlage der Junideklaration vom 5.6.45 errichtete Organ der Alliierten zur Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland.

Mitglieder: die Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen. Der Alliierte Kontrollrat tagte erstmals am 30.7.45, dann alle zehn Tage unter einem monatlich turnusgemäß wechselnden Vorsitzenden im Gebäude des Berliner Kammergerichts im amerikanischen Sektor Berlins.

Aufgaben: Entscheidung aller Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen, Sicherstellung einer einheitlichen Politik der Besatzungsmächte.

Wegen der Unvereinbarkeit der britisch-amerikanischen mit der sowjetischen, zum Teil auch mit der französischen Besatzungspolitik konnte der Alliierte Kontrollrat in den meisten Fragen nicht die vorgeschriebene Einstimmigkeit erzielen.

Ende des Alliierten Kontrollrates am 20.3.48 nach Austritt der Sowjetunion.<<

31.07.1945

SBZ: Konferenz von Potsdam: Elfte Plenarsitzung vom 31. Juli 1945 (x867/...):

>>**Truman:** Über die gestrige Sitzung der Außenminister wird Herr Bevin berichten.

Bevin: Ich schlage vor, keinen gesonderten Bericht zu erstatten, da fast alle Fragen der gestrigen Tagesordnung der Sitzung der Außenminister auf der heutigen Tagesordnung für die Sitzung der "großen Drei" stehen.

(Bevins Vorschlag wird angenommen.)

Truman: Der erste Punkt unserer Tagesordnung - Vorschläge der USA über die deutschen Reparationen, über die Westgrenze Polens und über die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Herr Byrnes wird jetzt über diese Vorschläge berichten.

Byrnes: Unsere Vorschläge zur Frage der Reparationen wurden als Teil eines Gesamtvorschlages eingebracht, der die drei strittigen Fragen betrifft. Diese Fragen sind; Fragen der Reparationen, Fragen der Westgrenze Polens und Fragen der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Alle diese drei Fragen sind miteinander verbunden. Die USA-Delegation hat auf der Sitzung der Außenminister erklärt, daß sie Zugeständnisse im Hinblick auf die Westgrenze Polens und die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen macht unter der Bedingung, daß in allen drei Fragen eine Einigung erzielt werden kann.

Stalin: Sie sind nicht miteinander verbunden, es sind verschiedene Fragen.

Byrnes: Das ist richtig, es sind verschiedene Fragen, aber sie standen vor uns im Verlaufe von zwei Wochen, und wir vermochten keine Einigung darüber zu erzielen. Die USA-Delegation hat ihre Vorschläge zu allen diesen drei Fragen eingebracht in der Hoffnung, eine Einigung zu erzielen. Wir erklären jedoch hier noch einmal, daß wir nicht bereit sind, Zugeständnisse bezüglich der polnischen Grenze zu machen, wenn keine Einigung in den zwei anderen Fragen erzielt wird.

In unseren Vorschlägen über die Reparationen, die auf der gestrigen Sitzung der Minister erörtert wurden, war vorgesehen, daß 25 Prozent der industriellen Ausrüstung des Ruhrgebiets, die überflüssig ist zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft, der Sowjetunion im Austausch gegen Lebensmittel, Kohle, Zink, Kalium, Erdölprodukte, Holz usw. aus der sowjetischen Zone übergeben werden. Außerdem schlugen wir vor, 15 Prozent dieser industriellen Ausrüstung aus dem Ruhrgebiet, die als überflüssig für die Aufrechterhaltung der Friedens-

wirtschaft erachtet wird, der Sowjetunion ohne Bezahlung oder Tausch zu übergeben.

In der gestrigen Diskussion erklärte die britische Delegation, daß sie sich nicht damit einverstanden erklären kann, daß all dies aus dem Ruhrgebiet übergeben wird, daß sie aber einer Übergabe der Ausrüstung aus allen Westzonen an die Sowjetregierung zustimmen kann. Wir erklärten uns einverstanden, daß der einzige Unterschied zwischen dem englischen und dem amerikanischen Vorschlag in der Höhe des Prozentsatzes besteht, und wenn man die Prozentsätze auf alle drei westlichen Besatzungszonen bezieht, so muß ihre Höhe auf die Hälfte des für das Ruhrgebiet festgesetzten gesenkt werden, und zwar statt 25 Prozent werden es 12,5 Prozent und statt 15 Prozent 7,5 Prozent sein.

Die sowjetische Delegation stimmte diesem Vorschlag nicht zu, die amerikanische und britische Delegation hingegen vertraten die Ansicht, daß dies in administrativer Hinsicht bedeutend einfacher sein wird. Wir waren desgleichen der Auffassung, daß die Entnahme aus allen drei Westzonen auch für die Sowjetunion bedeutend vorteilhafter wäre.

Stalin: Wir halten es ebenfalls für richtig, die Entnahme nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern aus allen Westzonen vorzunehmen.

Byrnes: Das bietet Ihnen eine größere Auswahl in bezug auf die Ausrüstung, da diese Ausrüstung sowohl aus der amerikanischen wie auch aus der englischen und französischen Zone kommen kann.

Auf der Sitzung der Außenminister wurde vorgeschlagen, daß die Frage entschieden werden muß, wer über die Ausrüstung bestimmt, die nicht zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft benötigt wird und für Reparationen zur Verfügung steht. Die sowjetische Delegation war der Meinung, daß genau festzulegen ist, wer die Menge und den Charakter der industriellen Ausrüstung bestimmt, die nicht für die Friedenswirtschaft benötigt wird und für Reparationen zur Verfügung steht.

Ich schlug vor, daß diese Festlegung durch den Kontrollrat erfolgt, gemäß den Richtlinien der alliierten Reparationskommission, und die endgültige Entscheidung von dem Kommandierenden der Zone getroffen wird, aus der die Entnahme dieser Ausrüstung erfolgen soll. Ich schlug vor, daß diese Festlegung vom Kontrollrat getroffen wird, da im Kontrollrat alle vier Mächte vertreten sind und der Kontrollrat ein Verwaltungsorgan ist, das Exekutivfunktionen hat, während die Reparationskommission ein Organ ist, das sich mit der Ausarbeitung der generellen Politik im Hinblick auf die Reparationen befaßt.

Ich wiederhole hier den Vorschlag, den ich gestern unterbreitet habe, und zwar, daß die Entnahme der industriellen Ausrüstung innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein soll und die Lieferungen an die Sowjetunion im Austausch gegen Lieferungen aus ihrer Besatzungszone innerhalb von fünf Jahren erfolgen sollen. Ich schlug desgleichen vor, daß die Reparationsansprüche der anderen Länder aus den westlichen Besatzungszonen zu befriedigen sind.

Die beiden anderen Fragen, von denen ich sprach und die in unseren Vorschlägen miteinander verbunden werden, das ist die Frage der Westgrenze Polens und die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir stimmen der Lösung dieser Fragen zu unter der Bedingung, daß Übereinstimmung in der Hauptfrage, der Reparationsfrage, erzielt wird.

Entsprechend unserem Vorschlag über die polnische Westgrenze wird der polnischen Regierung das Recht gewährt, eine Verwaltung in dem gesamten Gebiet zu bilden, das die Polen gefordert haben.

Was die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen betrifft, so haben wir vor drei Tagen unseren Vorschlag zurückgezogen. Wir bringen jedoch nunmehr erneut einen Vorschlag zu dieser Frage ein, dessen Fassung, wie wir hoffen, die Sowjetunion zufriedenstellt.

Die Fassung des Vorschlages, die wir vor vier Tagen erörtert haben, lautete:

"Die drei Regierungen sind, jede gesondert für sich, einverstanden, in nächster Zeit die Frage

der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu prüfen." Die englische Delegation hat erklärt, daß dies für sie unakzeptabel sei, da die englische Regierung einer Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zu einem Lande, mit dem sie sich im Kriegszustand befindet, nicht zustimmen kann. Daraufhin stellte der sowjetische Regierungschef die Anfrage, ob die englische Regierung bereit ist, die Regierungen dieser Länder voll oder teilweise anzuerkennen. Deshalb bringe ich jetzt einen Vorschlag in folgender Fassung ein:

"Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft im Lichte der dann vorherrschenden Bedingungen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu untersuchen, soweit dies vor Abschluß von Friedensverträgen mit diesen Ländern möglich ist."

Ich hoffe, daß unsere sowjetischen und englischen Freunde bereit sein werden, unseren Vorschlag in dieser Fassung zu akzeptieren.

Stalin: Ich habe im Prinzip keine Einwände gegen diese Fassung.

Byrnes: Wir haben desgleichen vorgeschlagen, einen neuen Punkt hinzuzusetzen, wonach die drei Regierungen dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß im Hinblick auf die veränderten Umstände, bedingt durch das Kriegsende in Europa, die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen, der Welt über die Ereignisse in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland zu berichten. Das ist fast die gleiche Fassung, auf die wir uns im Falle Polens einigten.

Stalin: Das kann man akzeptieren, aber man sollte den Wortlaut ändern und statt "die drei Regierungen geben dem Wunsch Ausdruck" - "die drei Regierungen zweifeln nicht, daß ..." usw. setzen.

Byrnes: Was die USA betrifft, so ist das für uns akzeptabel. Ich meine, daß wir dieses Dokument jetzt annehmen sollten, wie es ist.

Wir haben also drei Vorschläge eingebracht, und ich hoffe sehr, daß alle drei Vorschläge hier angenommen werden.

Stalin: Wir haben Vorschläge über die Reparationen.

(Es werden dann die folgenden Vorschläge der sowjetischen Delegation zur Frage der Reparationen aus Deutschland vorgelesen:

"1. Jede Regierung entnimmt Reparationen aus ihrer Besatzungszone. Diese haben zwei Formen: einmalige Entnahmen aus dem Nationalvermögen Deutschlands [Ausrüstung, Materialien], die innerhalb von zwei Jahren nach der Kapitulation vorgenommen werden, und jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, die innerhalb von zehn Jahren nach der Kapitulation vorgenommen werden.

2. Die Reparationen haben das Ziel, die schnellste Wiederherstellung der durch die deutsche Okkupation heimgesuchten Länder zu fördern unter Beachtung der Notwendigkeit einer allseitigen Einschränkung des Rüstungspotentials Deutschlands.

3. Über die aus der eigenen Zone entnommenen Reparationen hinaus erhält die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen:

a) 15 Prozent derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrie, die nach Festlegung des Kontrollrats in Deutschland gemäß dem Bericht der Reparationskommission in den Westzonen der Entnahme auf Reparationskonto unterliegt; diese Ausrüstung wird der Sowjetunion im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Holz, keramischen Erzeugnissen und Erdölprodukten innerhalb von fünf Jahren übergeben;

b) 10 Prozent der industriellen Ausrüstung, die aus den westlichen Zonen auf Reparationskonto entnommen wird, ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art.

Die Festlegung des Umfangs der Ausrüstung und Materialien, die aus den Westzonen auf Reparationskonto zu entnehmen sind, muß spätestens innerhalb von drei Monaten erfolgen.

4. Außerdem erhält die UdSSR auf Reparationskonto:

a) für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrie- und Transportbetrieben in den Westzonen;

b) 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands;

c) 30 Prozent des deutschen Goldes, das in die Verfügung der Verbündeten gelangt ist.

5. Die UdSSR übernimmt die Regelung der Reparationsforderungen Polens aus ihrem eigenen Reparationsanteil. Die USA und Großbritannien tun das gleiche im Hinblick auf Frankreich, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und Norwegen.")

Stalin: Herr Byrnes hatte hier vorgeschlagen, daß diese drei Fragen alle zu einem Paket zusammengefaßt werden. Ich verstehe seinen Standpunkt. Er schlägt die Taktik vor, die er für zweckmäßig hält. Jede Delegation ist berechtigt, einen solchen Vorschlag einzubringen, aber die sowjetische Delegation wird unabhängig davon zu jeder Frage gesondert ihre Stimme abgeben.

Die russische Delegation hat ihre Vorschläge gemacht. Die Hauptfrage, die Differenzen und Meinungsverschiedenheiten verursacht, ist die Frage der Reparationen aus Deutschland. Wir haben unsere Überlegungen dargelegt. Sie haben wahrscheinlich bemerkt, daß die russische Delegation sich den Standpunkt der amerikanischen Delegation zu eigen gemacht hat, denn sie hat darauf verzichtet, eine bestimmte Summe und Mengen zu benennen, und ist auf Prozentsätze übergegangen.

Vom Hauptthema abschweifend, möchte ich etwas über die Entnahmen sagen, die von den Engländern aus der russischen Besatzungszone vor deren Einnahme durch die sowjetischen Truppen vorgenommen wurden. Es handelt sich um den Abtransport von Waren und Ausrüstung.

Überdies gibt es eine Niederschrift des sowjetischen Militärkommandos darüber, daß die amerikanischen Behörden vom gleichen Territorium 11.000 Waggons weggeschafft haben. Was mit diesem Eigentum wird, weiß ich nicht. Wird dieses Eigentum den Russen zurückgegeben oder auf irgendeine Art und Weise erstattet? Jedenfalls haben die Amerikaner und Engländer Ausrüstung nicht nur aus ihrer Zone abtransportiert, sondern auch aus der russischen Zone, und wir haben aus ihren Zonen keinen einzigen Waggon weggeschafft und keinerlei Ausrüstung aus ihren Betrieben entnommen. Die Amerikaner hatten versprochen, nichts wegzuschaffen, haben es aber doch getan.

Jetzt zur Sache selbst. Ich meine, daß es möglich ist, sich über die Frage der Reparationen aus Deutschland zu einigen. Was sind die wichtigsten Leitsätze des amerikanischen Planes? Erstens - jeder nimmt Entnahmen aus seiner Zone vor. Wir sind damit einverstanden. Zweitens - es wird nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern aus allen Westzonen Ausrüstung entnommen. Diesen zweiten Leitsatz haben wir akzeptiert. Dritter Leitsatz - ein Teil der aus den Westzonen entnommenen Reparationen wird innerhalb von fünf Jahren durch ein entsprechendes Äquivalent aus der russischen Zone abgedeckt. Dann der vierte Leitsatz - daß der Kontrollrat den Umfang der Entnahmen aus den Westzonen festlegt. Auch das ist akzeptabel.

Worüber bestehen demnach noch Meinungsverschiedenheiten? Uns interessiert die Frage der Fristen, die Frage, wann die Berechnung des Umfangs der Reparationen abgeschlossen ist. Das ist im amerikanischen Entwurf nicht enthalten. Wir möchten eine Frist von drei Monaten festlegen.

Byrnes: Die Frage der Fristen muß vereinbart werden.

Stalin: Es handelt sich um die Frist für die Festlegung des Umfangs der Reparationen. Irgendeine Frist muß vorgeschlagen werden. Wir schlagen drei Monate vor. Ist das ausreichend?

Truman: Meines Erachtens ist das ausreichend.

Attlee: Das ist eine kurze Frist. Ich muß noch etwas nachdenken.

Stalin: Nachdenken kann natürlich nicht schaden. Drei, vier, fünf Monate, aber eine Frist ist festzulegen.

Attlee: Ich schlage sechs Monate vor.

Stalin: Gut, einverstanden.

Bleibt da noch der Prozentsatz der Entnahmen. Auch hier kann eine Einigung erzielt werden. Ein Prozent mehr oder weniger ist nicht entscheidend. Ich meine, daß die Engländer und Amerikaner uns bei der Festlegung des Prozentsatzes der Entnahmen entgegenkommen werden. Wir haben in diesem Krieg sehr viel Ausrüstung verloren, schrecklich viel. Und ich rechne damit, daß Herr Attlee unseren Vorschlag unterstützen wird.

Attlee: Nein, das kann ich nicht.

Stalin: Denken Sie nach und unterstützen Sie uns.

Attlee: Ich habe gestern den ganzen Tag darüber nachgedacht. *(Heiterkeit)*

Stalin: Was soll man tun? Ich denke, daß man erreichen muß, daß sich in dieser Frage alle einig sind.

Bevin: Im sowjetischen Dokument fehlen die Worte, die ich gestern gebrauchte, und zwar, "Ausrüstung, die für die Friedenswirtschaft unnötig ist".

(Die sowjetische Delegation trägt noch einmal den entsprechenden Teil ihrer Vorschläge zur Reparationsfrage vor.)

Bevin: Ich schlage vor, daß Sie meinen Satz übernehmen, da er meine Gedanken genau wiedergibt.

Stalin: Worin besteht dieser?

Bevin: Der Kontrollrat hat zunächst festzulegen, welche Menge von Ausrüstung zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft in Deutschland verbleibt.

Stalin: Das ist ein und dasselbe.

Bevin: Dann nehmen Sie vielleicht meinen Satz an?

Stalin: Und welcher Unterschied ist da?

Bevin: Ein großer Unterschied. Ich möchte nicht, daß es dabei Mißverständnisse gibt. Ihr Text kann auch anders verstanden werden, und zwar als 15 Prozent der gesamten Ausrüstung.

Stalin: Nein, wir meinen 15 Prozent der zur Entnahme bestimmten Ausrüstung, das heißt der Ausrüstung, die nicht zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft benötigt wird.

Bevin: Ich würde vorschlagen, dies in dem Dokument festzuhalten, damit völlige Klarheit herrscht.

Stalin: Und was ist hier unklar? Der Kontrollrat legt fest, welche Ausrüstung für die Friedenswirtschaft erforderlich ist. Und das, was verbleibt, das bildet das Gesamtvolumen für die Reparationen.

Byrnes: In unserer Fassung drückt dieser Satz die gemeinsame Auffassung der englischen und amerikanischen Delegation aus.

Stalin: Was schlagen Sie vor?

Byrnes: Den Umfang der Ausrüstung, die als unnötig für die Friedenswirtschaft und damit als verfügbar für die Reparationen eingeschätzt wird, legt der Kontrollrat auf Direktive der interalliierten Reparationskommission fest, und dieser unterliegt der endgültigen Billigung des Oberbefehlshabers der Zone, aus der diese Ausrüstung entnommen wird.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Byrnes: Die einzige Frage, die somit offenbleibt, ist die Frage der Prozentsätze. Wollen Sie 15 Prozent oder 10 Prozent statt 12,5 und 7,5 Prozent?

Stalin: Ja.

Byrnes: Aber außerdem wünschen Sie auf Reparationskonto für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrieunternehmen in den Westzonen, 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands und 30 Prozent des deutschen Goldes, das in die Verfügungsgewalt der Verbündeten gelangt ist, zu bekommen. Über das Gold kann ich, soweit mir die Meinung unseres Stabes bekannt ist, sagen, daß ein Teil Gold dabei ist, das früher Eigentum anderer Länder war. Es wäre un-

gerecht, die Ansprüche dieser Länder abzulehnen.

Stalin: Das bezieht sich auf das deutsche Gold.

Byrnes: Nach unseren Informationen gibt es kein deutsches Gold, da die Deutschen das gesamte Gold während des Krieges zusammengeraubt haben. Wir müssen dieses Gold den Ländern zurückgeben, denen es früher gehört hat. Wenn die sowjetische Delegation darauf besteht, daß die Sowjetunion zusätzlich zu diesen Prozenten für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrieunternehmen bekommen soll, wie dies in den sowjetischen Vorschlägen dargelegt ist, 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands und 30 Prozent des Goldes, so muß diese Frage hier erörtert werden.

Stalin: Wir möchten das bekommen, wenn es möglich ist.

Byrnes: Was verstehen Sie unter den Auslandsanlagen Deutschlands?

Stalin: Anlagen der Deutschen einschließlich derer in Amerika.

Byrnes: Was die Anlagen in Amerika betrifft, so haben wir diese gesperrt, und es erfordert einen Gesetzgebungsakt, um die Ansprüche auf diese Fonds zu regeln. Der Kongreß soll das schon getan haben. Ich zweifle nicht, daß alle möglichen Ansprüche an diese Fonds erhoben werden von seiten der Flüchtlinge, die sich in Amerika aufhalten. Diese Frage erfordert eine juristische Lösung.

Außerdem bin ich überzeugt, daß beispielsweise in den Ländern Lateinamerikas, wo es in bestimmtem Umfang deutsche Anlagen gibt, die Regierungen dieser Länder Ansprüche an diese Mittel anmelden werden.

Stalin: Das ist möglich.

Bevin: Wir hatten uns gestern geeinigt, daß Frankreich in die Reparationskommission aufgenommen wird, um an der Bestimmung der Ausrüstung, die auf Reparationskonto zu entnehmen ist, teilzunehmen. Ich möchte, daß Frankreich in diese Kommission aufgenommen wird.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Bevin: Über die Prozente. Mir schien, daß wir Ihnen gestern auf der Sitzung der Außenminister entgegengekommen sind, indem wir 12,5 Prozent zustimmten.

Außerdem möchte ich wissen: Wird die Frage der Reparationen nicht den üblichen Warenaustausch mit Deutschland insgesamt behindern, wenn man bedenkt, worüber wir uns gestern bezüglich der wirtschaftlichen Grundsätze und des normalen Warenaustauschs in Deutschland geeinigt haben?

Stalin: Wir werden auch diese Frage erörtern, wenn wir über die wirtschaftlichen Grundsätze sprechen.

Bevin: Die Lösung der Goldfrage bereitet große Schwierigkeiten. Was die deutschen Auslandsguthaben betrifft, wären Sie bereit, sich auf Guthaben der neutralen Gebiete zu beschränken?

Stalin: Dem könnte man zustimmen.

Byrnes: Wir können keinerlei Ergänzung zu unserem Hauptvorschlag zustimmen. Ich meine dabei Punkt 4 der sowjetischen Vorschläge.

Stalin: Dann muß man den Prozentsatz erhöhen. Lassen Sie uns im dritten Punkt den Prozentsatz erhöhen, um so mehr, als Sie aus unserer Zone viel Ausrüstung weggeschafft haben. (*Heiterkeit*)

Bei uns wurde schrecklich viel Ausrüstung vernichtet. Man muß wenigstens einen kleinen Teil dieser Ausrüstung ersetzen.

Truman: Ich möchte folgende Bemerkung zu den Entnahmen aus Ihrer Zone machen. Wir haben davon vor drei Tagen erfahren, als uns eine Liste dieser Ausrüstung übergeben wurde. Ich habe General Eisenhower geschrieben, er soll die Sache untersuchen und Bericht erstatten. Wenn eine solche Entnahme erfolgt ist, so versichere ich Ihnen, daß dies nicht auf Befehl der USA-Regierung erfolgt ist. Ich kann Ihnen versichern, daß wir Möglichkeiten zur Entschädi-

gung finden werden.

Stalin: Ich schlage vor, zur Erörterung der Frage der Prozente zurückzukehren.

Truman: Wenn Sie bereit sind, den vierten Punkt zurückzuziehen, so bin ich bereit, 15 Prozent und 10 Prozent zu akzeptieren.

Stalin: Gut, ich ziehe zurück.

Bevin: Es wird uns schwerfallen, Frankreich, Belgien und Holland aus der verbleibenden Menge an Ausrüstung zu befriedigen. Ich würde 12,5 Prozent und 10 Prozent vorschlagen. Außerdem bitten wir, den vierten Punkt zurückzuziehen.

Stalin: Wir haben dem bereits zugestimmt. Die USA gehen auf unseren Vorschlag ein; warum wollen Sie das nicht?

Bevin: Wir sind verantwortlich für die Zone, aus der die größte Menge an Ausrüstung entnommen wird, und außerdem werden große Forderungen seitens Frankreichs, Belgiens und Hollands erhoben werden.

Byrnes: Der letzte Satz in unseren Vorschlägen lautet, daß die Ansprüche auf Reparationen seitens anderer Länder, die Anspruch auf Reparationen haben, aus den westlichen Besatzungszonen zu decken sind. Ich bitte, unsere Fassung über die Ansprüche anderer Länder zu erörtern.

Stalin: Gut, ich bin einverstanden, daß man die Länder nicht nennt, sondern das in allgemeiner Form tut.

Byrnes: Ich meine, daß dies zweckmäßig wäre, denn es hieß bereits, daß Griechenland in der Liste fehlt. Wir halten es auch für zweckmäßig, das in allgemeiner Form auszudrücken.

Stalin: Gut.

Bevin: Mir ist ein Gedanke gekommen, daß Sie, wenn Sie die von Ihnen geforderten Prozente erhalten, zusammen mit dem, was Sie aus Ihrer Zone erhalten, mehr als 50 Prozent aller deutschen Reparationen bekommen werden.

Stalin: Bedeutend weniger. Außerdem geben wir für 15 Prozent ein Äquivalent, das ist eigentlich ein Austausch von Reparationen und sind keine neuen Reparationen. Aus den Westzonen erhalten wir alles in allem 10 Prozent der Reparationen. Das sind Reparationen im eigentlichen Sinne; was die 15 Prozent betrifft, so werden sie für einen bestimmten gleichen Gegenwert gegeben. Unsere Forderungen sind minimal.

Wir erhalten von Ihnen 10 Prozent, und das übrige erfolgt im Austausch; dafür zahlen wir ein Äquivalent. Ihnen verbleiben 90 Prozent. Wenn wir 7,5 Prozent der Reparationen statt 10 Prozent erhalten, so wäre das ungerecht. Ich bin dafür, daß es 15 Prozent und 10 Prozent sind. Das ist gerechter. Die Amerikaner stimmen zu. Wir steht es mit Ihnen, Herr Bevin?

Bevin: Gut, ich bin einverstanden.

Truman: Wir sind ebenfalls einverstanden.

Byrnes: Somit wird der Entwurf unseres Vorschlages mit neuen Prozentsätzen plus Festlegung der Frist für die Bestimmung der Reparationssumme angenommen.

Stalin: Es scheint, daß wir alle unsere Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage erschöpft haben. Könnte man diesen Entwurf nicht zur Schlußredaktion überweisen?

(Der Vorschlag wird angenommen; es wird eine Kommission zur Redaktion des gebilligten Beschlusses gebildet.)

Truman: Die nächste Frage - über die Westgrenze Polens.

Byrnes: Wir haben unsere Vorschläge gestern übergeben, und sie wurden auch gestern erörtert. Meines Erachtens braucht man sie nicht noch einmal vorzulesen. Wenn es Bemerkungen oder Abänderungen gibt, bin ich bereit, sie zu hören, aber ich hoffe, daß unsere sowjetischen und englischen Kollegen unseren Vorschlägen zustimmen werden.

Bevin: Was die Haltung der britischen Regierung betrifft, so habe ich die Instruktion, an der Grenze entlang der östlichen Neiße festzuhalten. Deshalb möchte ich präzisieren, worin dieser

neue Vorschlag besteht. Geht diese gesamte Zone in die Hand der polnischen Regierung über und werden die sowjetischen Truppen vollständig von dort abgezogen, wie dies in den anderen Zonen der Fall war, wo die Truppen der einen Seite abgezogen und die andere Seite die Zone übernahm?

Ich hatte mich mit den Polen getroffen und sie gefragt, was sie im Hinblick auf die Erfüllung der in dem USA-Dokument erwähnten Erklärung zu tun beabsichtigen. Ich fragte sie, welche Absichten sie hinsichtlich der Durchführung freier und unbehinderter Wahlen auf der Grundlage einer geheimen Abstimmung haben. Sie versicherten mir, daß sie diese Wahlen sobald als möglich durchführen wollen und damit rechnen, sie Anfang 1946 durchzuführen. Das wird natürlich von einigen Bedingungen abhängen, die es ihnen ermöglichen, diese Wahlen durchzuführen.

Sie erklärten sich auch mit der Pressefreiheit in Polen einverstanden und auch damit, daß ausländische Journalisten in Polen zugelassen werden und ihre Informationen ohne Zensur übermitteln können.

Sie gaben mir Zusicherungen bezüglich der Glaubensfreiheit in ihrem Lande.

Aber es gibt auch eine sehr wichtige Frage, und zwar die Frage der Repatriierung nicht nur von Zivilpersonen, sondern auch von Truppen, die unter alliierterem Kommando in verschiedenen Ländern stehen. Ich bat die Polen, dazu eine Erklärung abzugeben, damit wir sicher sein können, daß diesen Menschen nach ihrer Rückkehr in die Heimat die gleichen Bedingungen gewährt werden wie allen übrigen Bürgern.

Die nächste Frage, die besonders die Sowjetunion und die britische Regierung betrifft und die von der polnischen Regierung jetzt nicht geregelt werden kann, ist die Frage einer militärischen Fluglinie Warschau-Berlin-London, mit deren Hilfe die britische Regierung eine ständige Verbindung mit ihrem Botschafter in Warschau unterhalten kann. In dieser Frage möchte ich ein sofortiges Abkommen erreichen.

In dem von den USA vorgelegten Dokument heißt es, daß diese Zone unter Verwaltung der polnischen Regierung stehen und keinen Bestandteil der sowjetischen Zone darstellen wird. Nach Aussage von Herrn Byrnes wird diese Zone der Verantwortung der Polen unterstehen. Ich verstehe das aber so, daß diese Zone, obgleich wir sie der Verwaltung der polnischen Regierung unterstellt haben, weiterhin der militärischen Kontrolle der Alliierten unterstehen wird.

Byrnes: Wir befinden uns in einer Situation, wo Polen, mit Einverständnis der Sowjetunion, faktisch dieses Gebiet verwaltet. Angesichts dessen einigten sich die drei Mächte, daß die Verwaltung dieses Gebietes in polnischer Hand verbleibt, damit die Auseinandersetzungen über den Status dieses Gebietes aufhören. Dabei erübrigt es sich, daß Polen einen Vertreter im Kontrollrat hat.

Bevin: Ich bestehe nicht darauf. Wenn wir alle verstehen, worum es geht, habe ich keine Einwände. Man wird mir nach der Rückkehr verschiedene Fragen stellen, und deshalb möchte ich wissen, was in dieser Zone geschehen wird. Werden die Polen diese ganze Zone nehmen, und werden die sowjetischen Truppen von dort abziehen?

Stalin: Die sowjetischen Truppen würden abziehen, wenn durch dieses Territorium nicht die Nachschubwege der Roten Armee gingen, über die Truppenteile der Roten Armee versorgt werden. Es gibt dort zwei Strecken: die eine verläuft nach Berlin vom Norden, die andere südlich von Krakow. Diese beiden Linien sind die Nachschubwege für die Versorgung der Sowjetarmee. Das ist das gleiche wie in Belgien, Frankreich und Holland.

Bevin: Ist damit auch die Truppenstärke beschränkt?

Stalin: Ja, ja. Wir haben bereits vier Fünftel aller Truppen, die sich dort während des Krieges gegen Deutschland befanden, abgezogen. Wir beabsichtigen, auch den restlichen Teil zu reduzieren. Was die Zone betrifft, die entsprechend dem eingebrachten Vorschlag an Polen geht,

so verwaltet Polen de facto bereits diese Zone und hat dort seine Verwaltung; es gibt dort keine russische Verwaltung.

Bevin: Können Sie uns jetzt nicht behilflich sein mit dieser militärischen Fluglinie? Wir versuchten, uns in dieser Frage mit der polnischen Regierung zu einigen, aber sie kann gegenwärtig nicht zustimmen.

Stalin: Warum kann sie nicht zustimmen?

Bevin: Ich habe das so verstanden, daß diese Frage das sowjetische Militärkommando angeht, weil wir teilweise durch die russische Zone fliegen müssen.

Stalin: Sie fliegen ja auch jetzt durch die russische Zone nach Berlin.

Bevin: Könnten Sie zustimmen, daß wir bis Warschau fliegen?

Stalin: Wir würden dem zustimmen, wenn Sie uns Flugstrecken durch Frankreich nach London einrichten. (*Heiterkeit*)

Und außerdem muß man sich mit den Polen einigen. Ich stelle mir die Angelegenheit so vor: Von Berlin nach Warschau wird eine Flugverbindung eingerichtet, und es werden englische oder polnische Flugzeuge fliegen, entsprechend einem Vertrag zwischen England und Polen. Was die Flugverbindung mit Moskau auf dieser Strecke betrifft, so werden von der Stelle, an der die Grenze mit Rußland beginnt, russische Flieger fliegen. Was die Befriedigung des Bedarfs der Russen an Flügen nach Paris und London betrifft, so werden dort offensichtlich englische oder französische Flugzeuge fliegen. Dann besteht eine Flugstrecke London-Paris-Moskau. So stelle ich mir die Angelegenheit vor.

Bevin: Diese Frage der Flugverbindung ist natürlich eine zu große Frage, als das sie jetzt hier entschieden werden könnte, aber wir werden stets bereit sein, diese Frage einer Fluglinie London-Moskau zu erörtern. Und jetzt bitte ich Sie, uns bei der Einrichtung der Linie London-Warschau zu unterstützen, die uns wesentliche Erleichterungen schafft.

Stalin: Ich verstehe. Ich werde alles tun, was möglich ist.

Bevin: Ich danke Ihnen!

Truman: Haben wir die polnische Frage abgeschlossen?

Stalin: Die englische Delegation ist einverstanden?

Bevin: Einverstanden.

Stalin: Die Sache geht also an die Polen, wenn ich recht verstanden habe. Gut, wir haben die Angelegenheit abgeschlossen.

Bevin: Wir müssen den Franzosen die Änderung der polnischen Grenze mitteilen.

Stalin: Bitte.

Byrnes: Unser nächster Vorschlag betrifft den Beitritt Italiens und der anderen Vasallen zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir haben unser Dokument zu dieser Frage bereits übergeben.

Bevin: Die britische Delegation ist einverstanden.

Stalin: Unsere Abänderung wurde bereits mitgeteilt. Sie betrifft den neuen Punkt 4, genauer gesagt, den Satz, der mit den Worten beginnt: "Die drei Regierungen geben dem Wunsch Ausdruck, daß" usw. Wir schlagen vor zu sagen: "Die drei Regierungen zweifeln nicht, daß" usw.

(*Truman und Attlee stimmen diesen redaktionellen Änderungen zu.*)

Truman: Die Entscheidung über die wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland wurde bis zur Entscheidung der Reparationsfrage vertagt. Meines Erachtens wird es keine Schwierigkeiten bereiten, diese Frage zu lösen.

Byrnes: Zum Dokument der wirtschaftlichen Grundsätze habe ich zwei Vorschläge, die ich unterbreiten möchte. Der erste bezieht sich auf Punkt 13, wo von der gemeinsamen Politik hinsichtlich der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle die Rede ist. (*Verliest die redaktionelle Abänderung, die angenommen wird.*)

Außerdem schlage ich vor, in diesem Punkt einen neuen Unterpunkt "g" über das Transport- und Verkehrswesen einzufügen. Das muß ebenfalls zentralisiert werden.

Stalin: Es wird irgendein zentraler Verwaltungsapparat für Deutschland erforderlich sein. Es ist schwierig, eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland durchzuführen, ohne einen zentralen deutschen Apparat.

Byrnes: Das ist richtig.

Der zweite Vorschlag betrifft den Unterpunkt "d" in Punkt 14. Ich schlage vor, den letzten Satz so zu ändern, daß er folgendermaßen lautet: "Außer in Fällen, wo eine interessierte Besatzungsmacht meint, daß dies für einen unerläßlichen Import benötigt wird, kann eine Gewährung von Subsidien oder Krediten an Deutschland und die Deutschen seitens jeder beliebigen ausländischen Person oder Regierung nicht gestattet werden."

Bevin: Vielleicht wäre es besser, diesen Satz ganz wegzulassen?

Byrnes: Einverstanden. Ich habe noch eine Bemerkung. Im Ergebnis unseres Abkommens über die Reparationen meinen wir, daß der Punkt 18 entfällt.

(Stalin und Bevin bekunden ihre Zustimmung zum Wegfall dieses Punktes.)

Bevin: Es gibt noch eine Frage über den Vorrang der Bezahlung von Importen, worüber wir auf der gestrigen Sitzung der Außenminister sprachen. Die britische Delegation schlug gestern vor, in die wirtschaftlichen Grundsätze folgenden Satz einzufügen: "Die Bezahlung der genehmigten Importe nach Deutschland soll in erster Linie durch Erlöse aus dem Export von Produkten aus der laufenden Produktion und aus Warenbeständen erfolgen."

Die sowjetische Delegation schlug vor, folgenden Satz hinzuzufügen: "Was letzteren betrifft, so ist Reparationen der Vorrang gegenüber der Befriedigung anderer wirtschaftlicher Bedürfnisse einzuräumen." Die britische und die amerikanische Delegation konnten diesen sowjetischen Vorschlag nicht annehmen. Die britische Delegation bittet, ihren Vorschlag anzunehmen.

Stalin: Uns scheint, daß diese Frage völlig weggefallen ist.

Truman: Ich habe es ebenso verstanden.

Bevin: Mir scheint, daß dies der Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes im Hinblick auf den Export, Import usw. widerspricht. Dadurch wird Deutschland in drei Zonen aufgeteilt, und wir werden nicht in der Lage sein, Deutschland beispielsweise in der Frage der Steuererhebung als einheitliches Ganzes zu behandeln.

Stalin: Dazu bedarf es eines zentralen deutschen Verwaltungsapparates, um über ihn auf die deutsche Bevölkerung einwirken zu können. Diese Frage wird in dem Abschnitt "Politische Grundsätze gegenüber Deutschland" behandelt werden.

Bevin: Im Prinzip sind wir mit der Bildung eines solchen zentralen Apparates einverstanden, wir haben lediglich einige Abänderungen eingebracht. Vielleicht stellt man diese Frage zurück und geht zu den politischen Grundsätzen über, dann werden wir sehen, was auch in dieser Frage getan werden kann.

(Stalin und Truman bekunden ihre Zustimmung.)

Die sowjetische Delegation bemerkt, daß sie in Zusammenhang mit der Behandlung der Frage der wirtschaftlichen Grundsätze einen Vorschlag zur Frage des Ruhrgebiets eingebracht hat, der vorsieht, daß das Ruhrindustrialgebiet als Teil Deutschlands anzusehen und über das Ruhrgebiet eine Viermächtekontrolle zu errichten ist, wozu ein entsprechender Kontrollrat aus den Vertretern der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zu bilden ist.)

Bevin: Ich kann, wie ich bereits gestern sagte, diese Frage nicht in Abwesenheit der Franzosen behandeln. Das ist eine große prinzipielle Frage, und die Franzosen sind sehr an ihr interessiert.

Stalin: Vielleicht könnte man die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet jetzt vertagen, aber den Gedanken, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands bleibt, dieser Gedanke soll in unse-

rem Dokument festgehalten werden.

Truman: Es ist unbedingt ein Teil Deutschlands.

Stalin: Vielleicht sollte man das in einem unserer Dokumente sagen?

Bevin: Warum wird diese Frage gestellt?

Stalin: Diese Frage wird deshalb aufgeworfen, weil auf einer der Konferenzen, auf der Teheraner Konferenz, die Frage gestellt wurde, das Ruhrgebiet aus dem Bestand Deutschlands auszugliedern als ein besonderes Gebiet unter Kontrolle eines Rates.

Einige Monate nach der Teheraner Konferenz, als Herr Churchill nach Moskau kam, wurde diese Frage ebenfalls anlässlich eines Meinungs austausches zwischen den Russen und den Engländern erörtert, und wieder wurde der Gedanke geäußert, daß es gut wäre, das Ruhrgebiet als besonderes Gebiet auszugliedern. Die Idee von der Ausgliederung des Ruhrgebietes aus dem Bestand Deutschlands entsprang der These von der Aufteilung Deutschlands. Danach erfolgte eine Sinneswandlung in dieser Frage. Deutschland bleibt ein einheitlicher Staat. Die sowjetische Delegation stellt die Frage: Sind Sie einverstanden, daß das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands verbleibt? Deshalb stand diese Frage hier.

Truman: Meine Meinung ist die, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands ist und ein Teil Deutschlands bleibt.

Stalin: Es wäre gut, das in einem unserer Dokumente zu sagen. Ist die englische Delegation damit einverstanden, daß das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands bleibt?

Bevin: Ich kann meine Zustimmung nicht geben, da ich im Augenblick keine Vorstellung von der vorangegangenen Erörterung dieser Frage habe. Ich weiß, daß die Idee von einer Internationalisierung des Ruhrgebiets geäußert wurde, um das Kriegspotential Deutschlands zu verringern. Diese Idee wurde erörtert. Ich bin einverstanden, daß das Ruhrgebiet bis zur Entscheidung dieser Frage unter Verwaltung des Kontrollrats bleibt. Aber ich möchte die Möglichkeit haben, in dieser Frage mit meiner Regierung Rücksprache zu nehmen, und würde vorschlagen, diese Frage dem Rat der Außenminister zu übergeben, um Zeit zu haben, sie wirklich zu studieren.

(Stalin und Truman erklären sich mit dem Vorschlag Bevins einverstanden.)

Truman: Die nächste Frage - über die politischen Grundsätze.

Bevin: Die sowjetische Delegation hat einen Entwurf zur Frage der Organisation einer zentralen deutschen Verwaltung vorgelegt, die den Kontrollrat unterstützen soll. Wir schlagen vor, zu dieser Frage unseren Entwurf anzunehmen, der kürzer ist. Wir schlagen vor, für eine bestimmte Zeit überhaupt keine deutsche Zentralregierung zu schaffen.

Ich schlage vor, unseren kurzen Entwurf statt des Entwurfs der sowjetischen Delegation anzunehmen.

Stalin: Kann man annehmen.

Truman: Ich habe keine Einwände.

Bevin: Was Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze betrifft, so schlage ich vor, diesen Punkt an die Wirtschaftskommission zur Behandlung zu überweisen. Soll sie diese Frage jetzt, solange wir hier sind, behandeln.

Stalin: Soll sie ihn behandeln.

Truman: Die nächste Frage - über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und aus der Tschechoslowakei.

Byrnes: Der Bericht der Kommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, wird in allen Teilen angenommen, bis auf den letzten Satz, der lautet: "Die Tschechoslowakische Regierung, die Polnische Regierung und die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und an sie die Bitte gerichtet werden, inzwischen weitere Umsiedlungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen diese Frage geprüft haben." Ich halte diesen letzten Punkt für sehr wichtig, denn dadurch

wird der Beschluß wirksam.

Stalin: Und ich fürchte, daß ein solcher Beschluß kein nennenswertes Ergebnis bringt. Es geht nicht darum, daß man die Deutschen direkt ergreifen und aus diesen Ländern austreiben würde. So einfach steht die Sache nicht. Aber sie werden in eine Lage versetzt, wo es für sie besser ist, diese Gebiete zu verlassen. Formal könnten die Tschechen und Polen sagen, daß es den Deutschen nicht verboten ist, dort zu leben, aber tatsächlich werden die Deutschen in eine solche Lage versetzt, in der sie dort nicht leben können. Ich fürchte, daß die Annahme dieses Beschlusses keine positiven Ergebnisse bringt.

Byrnes: Es heißt in diesem Punkt, daß man an diese Regierungen die Bitte richten wird, inzwischen, bis nach der Behandlung dieser Frage im Kontrollrat, die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung einzustellen. Wenn diese Regierungen die Deutschen nicht aussiedeln und nicht zwingen, Polen und die Tschechoslowakei zu verlassen, dann wird dieses Dokument natürlich ohne Ergebnis bleiben. Wenn sie dies aber tun, könnten wir sie bitten, vorübergehend diese Handlungen einzustellen. Die Umsiedlung der Deutschen in andere Länder wird unsere Last vergrößern. Wir möchten, daß diese Regierungen in diesem Fall mit uns zusammenarbeiten.

Stalin: Die Polen und die Tschechen werden sagen, daß es keinen Befehl zur Aussiedlung der Deutschen gibt. Wenn Sie aber darauf bestehen, kann ich dem Vorschlag zustimmen, fürchte allerdings, daß es kein nennenswertes Ergebnis bringen wird.

Truman: Wenn Sie zustimmen, so sind wir dankbar. Möglicherweise wird der Vorschlag die bestehende Situation nicht verändern, aber er gibt uns die Möglichkeit, uns an diese Regierungen zu wenden.

Stalin: Gut, ich bin nicht dagegen.

Bevin: Wir wollten die Franzosen davon informieren.

(Stalin und Truman stimmen zu.)

Stalin: Wir möchten heute die Frage der deutschen Flotte abschließen.

Truman: Diese Frage ist heute noch nicht soweit.

Stalin: Wir wollen uns einigen, sie für morgen vorzubereiten.

Truman: Gut, ich bin einverstanden. Ich wollte morgen abreisen, aber ich kann auch bleiben.

Stalin: Es wurde im Prinzip ein Beschluß über die deutsche Flotte gefaßt, aber dieser Beschluß wurde nicht ausgefertigt. Die drei Regierungschefs haben diese Frage entschieden, der Beschluß ist auszufertigen.

Truman: Die Kommission kann morgen vormittag darüber Bericht erstatten.

Stalin: Gut. Vielleicht übergibt man die Angelegenheit den Ministern, da die Frage im Prinzip entschieden ist?

Bevin: Vielleicht wird eine Einigung erzielt?

Byrnes: Nach den mir vorliegenden Informationen hofft die Kommission, heute eine Einigung zu erzielen. Die Zusammenkunft ist für heute abend angesetzt.

Stalin: Im Prinzip wurde beschlossen, daß der Sowjetunion ein Drittel der Kriegsflotte mit Ausnahme der U-Boote, die zum größten Teil versenkt werden, und ein Drittel der Handelsflotte übergeben wird. Ich bitte, die Frage nicht aufzuschieben und sie morgen zu entscheiden.
(Truman und Attlee erklären ihr Einverständnis.)

Truman: Die Delegation der Vereinigten Staaten hat Dokumente hinsichtlich einer Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn eingebracht.

Byrnes: Unsere Vorschläge über die Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa wurden vorgelegt und geprüft. Über einige Teile dieser Vorschläge konnten wir keine Einigung erzielen. Aber über zwei Punkte konnte eine Einigung erzielt werden, die sich auf die Verfahrensrevision der alliierten Kontrollkommissionen in den drei Ländern beziehen.

Der erste Punkt lautet:

"Die drei Regierungen nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben. Diese Vorschläge sehen als wünschenswert regelmäßige und häufige Treffen der drei Vertreter, die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die britischen und amerikanischen Vertreter und die vorherige gemeinsame Beratung der Direktiven vor."

Der zweite Punkt lautet:

"Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommissionen in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei sie als Diskussionsgrundlage die oben dargelegten Vorschläge nehmen und wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die den jeweiligen Ländern gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen vorgelegt haben."

Wir bitten, diesen Punkt zu prüfen, und übergeben Ihnen ein Dokument, überschrieben: "Über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn" vom 31. Juli 1945.

Stalin: Diese Frage stand nicht auf der Tagesordnung. Möglicherweise werden wir keinen Einwand erheben, wenn wir uns mit der Frage befaßt haben.

Byrnes: Man kann sie morgen behandeln.

Stalin: Gut, behandeln wir sie morgen.

Truman: Nächste Frage - über Jugoslawien. Es gibt englische Vorschläge.

Stalin: Wir haben soeben einen Entwurf, die griechische Frage betreffend, verteilt. Was Jugoslawien betrifft, so haben wir gestern einen Entwurf über Triest und Istrien übergeben.

Bevin: Mir scheint, daß wir hinsichtlich Jugoslawiens einen sehr vernünftigen Vorschlag unterbreitet haben. Die sowjetische Delegation hat zwei andere Vorschläge vorgelegt. Ich schlage vor, von der Behandlung aller drei Vorschläge Abstand zu nehmen.

Stalin: Gut.

Truman: Die letzte Frage - über die Kriegsverbrecher.

(Die sowjetische Delegation erklärt, daß sie bereit ist, den Entwurf der britischen Delegation zu dieser Frage mit einer geringfügigen Abänderung als Grundlage anzunehmen. Sie schlägt vor, im letzten Satz dieses Entwurfs, wo davon die Rede ist, daß die drei Regierungen es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit betrachten, daß der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zum frühest möglichen Zeitpunkt beginnt, nach den Worten "Hauptkriegsverbrecher" die Worte hinzuzusetzen: "Solche wie Göring, Heß, Ribbentrop, Rosenberg, Keitel und andere".)

Attlee: Unsere Schwierigkeit bei der Auswahl der Kriegsverbrecher besteht darin, daß wir dem Staatsanwalt den Entwurf des Abkommens vorgelegt haben und er dort möglicherweise eine ganze Reihe anderer Leute einsetzt. Deshalb meinen wir, daß man sich besser auf unseren früheren Vorschlag beschränkt, keine Namen von Hauptkriegsverbrechern zu nennen.

Stalin: In meiner Abänderung schlagen wir nicht vor, unbedingt nur diesen Leuten den Prozeß zu machen, sondern wir schlagen vor, Leuten wie Ribbentrop und anderen den Prozeß zu machen. Es wurde bereits viel über die Kriegsverbrecher gesprochen, und die Völker erwarten, daß wir irgendwelche Namen nennen.

Unser Schweigen über diese Personen wirft einen Schatten auf unser Ansehen. Sie können dessen versichert sein. Deshalb gewinnen wir in politischer Hinsicht, und die öffentliche Meinung Europas wird zufrieden sein, wenn wir einige Personen nennen. Wenn wir diese Personen als Beispiel nennen, so wird der Staatsanwalt sich meines Erachtens nicht übergangen fühlen. Der Staatsanwalt kann sagen, daß einige Personen zu Unrecht genannt sind. Aber ei-

nen Grund dafür, daß der Staatsanwalt sich übergangen fühlt, gibt es nicht. Politisch werden wir nur gewinnen, wenn wir einige dieser Personen nennen.

Byrnes: Als wir gestern diese Frage erörterten, hielt ich es nicht für zweckmäßig, bestimmte Personen zu nennen oder über ihre Schuld hierzu befinden. Jedes Land hat unter den Naziverbrechern seine "speziellen Freunde", und wenn wir diese Verbrecher nicht auf die Liste setzen, wird es uns schwerfallen zu erklären, warum sie nicht auf der Liste sind.

Stalin: Aber in dem Vorschlag heißt es ja auch: "Solche wie ... und andere." Das begrenzt nicht die Zahl, schafft aber Klarheit.

Byrnes: Das verschafft denen, die wir nicht nennen, einen Vorteil. (*Heiterkeit*)

Attlee: Ich meine nicht, daß die Aufzählung von Namen unserem Dokument mehr Gewicht gibt. Ich beispielsweise meine, daß Hitler lebt, und er steht nicht auf der Liste.

Stalin: Aber er befindet sich nicht in unseren Händen.

Attlee: Aber Sie stellen die Namen der Hauptkriegsverbrecher als Beispiel hin.

Stalin: Ich bin einverstanden, Hitler auch auf die Liste zu setzen (*Allgemeine Heiterkeit*), obgleich er sich nicht in unseren Händen befindet. Ich mache dieses Zugeständnis. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Attlee: Ich meine, daß die Welt weiß, wer Hauptkriegsverbrecher ist.

Stalin: Aber sehen Sie, unser Schweigen in dieser Frage wird so gewertet, daß wir uns anschicken, die Hauptkriegsverbrecher zu retten, daß wir uns an den Kleinen schadlos halten und den Großen die Möglichkeit geben, sich zu retten.

Byrnes: Ich sprach heute telefonisch mit Richter Jackson, dem Vorsitzenden unseres Obersten Gerichts. Er ist unser Vertreter in der Kommission für Kriegsverbrecher, die in London tagt. Er sprach die Hoffnung aus, daß vielleicht heute oder morgen eine Einigung über den Internationalen Gerichtshof erzielt wird. Richter Jackson will mich morgen anrufen, um mich in der Frage des Gerichtshofs zu informieren. Die Mitteilung über die Schaffung des Internationalen Gerichtshofs ist eine gute Nachricht für die Völker, die einen baldigen Prozeß gegen die Kriegsverbrecher erwarten.

Stalin: Aber das ist eine andere Frage.

Byrnes: Aber wir können in unsere Erklärung die Mitteilung über die in London erzielte Vereinbarung aufnehmen. Das verleiht unserer Erklärung großen Nachdruck.

Stalin: Ohne Nennung einiger besonders verhaßter Personen unter den deutschen Kriegsverbrechern wird unsere Erklärung politisch nicht effektiv sein. Ich habe mit russischen Journalisten gesprochen, und sie denken, daß es besser wäre, einige Personen zur Orientierung zu nennen.

Truman: Ich möchte einen Vorschlag machen. Wir erwarten eine Benachrichtigung von unserem Vertreter in London morgen vormittag. Können wir diese Frage nicht auf morgen vertagen?

Stalin: Gut.

Truman: Ich bin sehr an der Frage der Binnenwasserstraßen interessiert. Es wäre gut, diese Frage zu erörtern und zu einigen grundsätzlichen Beschlüssen zu kommen. Wir haben diese Frage am 23. Juli beraten, und sie wurde an eine Kommission überwiesen, die allerdings, soweit mir bekannt, kein einziges Mal zusammentrat. Ich wünsche dringend, daß irgendein bestimmter Beschluß über die Benutzung dieser Verkehrswege ausgearbeitet wird, weil die Bewegungsfreiheit auf diesen Verkehrswegen von großer Bedeutung ist.

Ich denke, daß eine gemeinsame Politik in der Nutzung dieser Binnenwasserstraßen eine große Rolle spielen kann. Es ist leicht möglich, daß wir keine Einigung über die Details dieser Frage erzielen können, aber ich halte diese Frage für so wichtig, daß eine Erörterung lohnend wäre.

Attlee: Ich bin im allgemeinen mit den amerikanischen Vorschlägen zu dieser Frage einver-

standen.

Stalin: Diese Frage tauchte zusammen mit der Frage der Schwarzmeer-Meerengen auf, die hier zur Debatte stand. Die Frage der Schwarzmeer-Meerengen wurde von den Engländern eingebracht und dann vertagt. Die Frage der Binnenwasserstraßen wurde hier zusätzlich gestellt. Das ist eine ernste Frage, und sie erfordert ein Studium. Diese Frage kam für uns unerwartet, wir haben das entsprechende Material nicht zur Hand. Es ist eine neue Frage, man braucht Leute, die mit dieser Angelegenheit vertraut sind. Vielleicht gelingt es, bis zur Beendigung der Konferenz etwas zu tun, aber eine große Hoffnung besteht nicht.

Truman: Ich schlage vor, daß diese Frage an den Rat der Außenminister in London überwiesen wird, und inzwischen kann man das notwendige Material sammeln und sich mit der Frage befassen.

(Stalin und Attlee stimmen zu.)

Truman: Ich möchte den Vertretern der polnischen Regierung, die sich hier aufhalten, nun unsere Beschlüsse über die Westgrenze Polens mitteilen.

Stalin: Gut.

Truman: Wer kann mit der Übermittlung der Mitteilung beauftragt werden?

Stalin: Vielleicht beauftragt man die Minister oder schickt eine schriftliche Mitteilung. Man könnte auch den Präsidenten bitten, dies zu tun, da er unsere Konferenz leitet.

Truman: Gut. Ich möchte bekanntgeben, daß die Kommission zur Vorbereitung der Mitteilung gut arbeitet. Wann versammeln wir uns morgen? Um vier Uhr?

Stalin: Ich denke, daß wir uns zweimal treffen müssen: Die erste Sitzung legen wir für drei Uhr fest und die zweite für acht Uhr abends. Das wird die Abschlusssitzung sein.<<

Die SMAD ordnet am 31. Juli 1945 in ihrer Zone die "Schaffung von antifaschistischen Jugendkomitees" an (x111/55): >>... Alle anderen Jugendorganisationen: gewerkschaftliche und Sport-Vereine, sozialistische und ähnliche gemeinschaftliche Organisationen außer den oben erwähnten antifaschistischen Jugendkomitees sind verboten.<<

Berlin: Die Berliner Bekenntnissynode erklärt am 31. Juli 1945 (x116/17): >>Unser Volk, das zu 90 % aus getauften Christen bestand, hat sich unter geringem Widerstand die christliche Prägung seines staatlichen und kulturellen Lebens in kürzester Frist rauben lassen. Das ist eine für uns Deutsche tiefbeschämende Tatsache. ...

Wir müßten weit zurückgehen in der Geschichte des deutschen Geistes, um darzutun, warum wir uns so leicht haben verführen lassen. Eine Fehlentwicklung von langer Hand hat uns dahin gebracht, daß wir in der Stunde der Versuchung versagt haben. ...<<

Der Tageskaloriensatz in Berlin beträgt am 31. Juli 1945 nur 1.345. Das sind 205 Kalorien weniger als im Mai 1945 (x111/55).

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Juli 1945 aus Bayern (x124/40): >>... Die Franzosen plündern ihre Zone nicht nur wie die Russen aus, sondern verschleppen arbeitsfähige Männer gleichfalls zur Zwangsarbeit.

In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ...

Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglichst geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die Plünderungen in Westdeutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.

Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzmi-

nen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.

Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner – Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.

Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.

Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, der Library of Congress in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten (illegal, aber geduldet), gelangte nach Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford in seinem Buch "The Spoils of World War II" fest. ...<<

CSR: In dem Aussiger Vorort Schönpriesen ereignen sich am 31. Juli 1945 nach einer Explosion (in einem Lager für deutsche Beutemunition) unfaßbare Ausschreitungen. Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche werden auf den Straßen verfolgt und niedergeschlagen. Als die deutschen Arbeiter nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilen, werden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Viele Frauen und Kinder erleiden dasselbe Schicksal.

Bei diesen Massenausschreitungen kommen etwa 700 bis 2.700 deutsche Zivilisten um (x004/72). Das Explosionsunglück wird später von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion der "Werwölfe" ausgelegt.

Die den Deutschen zur Last gelegte Explosion in Aussig-Schönpriesen wird von den Tschechen umgehend genutzt, um die Weltöffentlichkeit von der andauernden Bedrohung durch die Sudetendeutschen und von der Notwendigkeit ihres baldigen Abschubs zu überzeugen (x004/-72).

Ein ehemaliger tschechischer Funktionär der Aussiger Verwaltungskommission berichtet später in London über das Massaker an der deutschen Bevölkerung in Aussig vom 31. Juli 1945 (x005/284-286): >>... Es muß eine richtige Darstellung der Ereignisse (in Aussig) vom 31.07.1945 gegeben werden, die man vielleicht das Gegenstück zu Lidice nennen kann. Die Sache wird früher oder später ventiliert werden, und wir müssen davon selber sprechen, wenn wir nicht wie die Deutschen kollektiv abgeurteilt werden sollen. Eben weil sich der 3. Jahrestag dieses Massakers nähert, das ausschließlich auf die Rechnung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei geht, halte ich es für richtig, als Augenzeuge und Funktionär der damaligen Verwaltungskommission die Ursache der damaligen Explosion und die unmenschlichen Repressalien zu schildern, die ihr folgten:

In unserer Gegend endete die letzte Phase der Kämpfe der deutschen Armee des Generals Schörner am 9. Mai 1945. Alle Straßen und Gassen in den Städten waren durch Kolonnen von Autos, Geschützen und Munition verstopft. Am nächsten Tag, am 10. Mai, begann man mit dem Aufräumen. Waffen und Munition wurden in Lagern der ehemaligen Zuckerraffinerie in Schönpriesen gelagert, die während des Krieges in die "Deutschen Kabelwerke" verwandelt worden waren. In diesem Unternehmen waren Hunderte neuer Flugzeugmotoren gelagert. Dahin wurden Granaten, Panzerfäuste und andere Munition zusammengefahren.

Militär, das sich aus der benachbarten Eckelmannschen Likörfabrik genügend Spirituosen besorgte, versah den Aufsichts- und Wachdienst, wobei auf eine richtige Lagerung nicht geachtet wurde, im Gegenteil, man warf alles durcheinander. Daher kam es zur Katastrophe.

Am 31.07.1945, um 15.45 Uhr, erfolgte die erste Explosion, die die Fenster im Umkreis von 3 km erschütterte. Niemand in der Stadt ahnte in diesem Augenblick, daß dies das Signal zum Morden war. Militär umgab die Elbe-Brücken, und als um 16.10 Uhr kommunistische Provokateure in Begleitung von Leuten in russischen Uniformen eintrafen, begann man mit den "Exekutionen".

Die Deutschen, die weiße Armbinden trugen und von der Arbeit heimkehrten, wurden die ersten Opfer auf der Benes-Brücke. Das Militär, das vom Vorsitzenden des Ortsnationalausschusses in Aussig ... Herrn Vondra aufgefordert worden war, jedes Massaker zu verhindern, folgte dieser Aufforderung nicht und mordete mit. Eine Mutter, die ihr Kind im Wagen über die Brücke fuhr, wurde mit Latten erschlagen, mit dem Kind über das Gelände in die Elbe geworfen, unter Begleitfeuer aus Maschinenpistolen.

Ein weiterer Vorfall, der mir in Erinnerung blieb und mich mein ganzes Leben begleiten wird, war jener deutsche Antifaschist, der nach 4 Jahren aus dem Konzentrationslager zurückkehrte und als Monteur bei der Firma Brönner beschäftigt war. Diesem deutschen Kämpfer gegen den Faschismus, B., wurden die Haare ausgerissen und dann der Bauch durchschossen. Er starb auf der Stelle.

Dergleichen Vorfälle gab es Hunderte. Auf der Brücke und auf dem Hauptplatz wurden Leute erschlagen und in die sog. Luftschutz-Wasserbehälter geworfen.

In 3 Stunden waren mehr als 2.000 Menschen erschlagen. Die Toten wurden geplündert, von internierten Deutschen auf Autos geladen und zur Kremation nach Theresienstadt gefahren. Die Begleiter der Toten kehrten nicht zurück.

Nach diesem Massaker kamen am 1. August 1945 der Innenminister Nosek und der Nationalverteidigungsminister General Svoboda in die Stadt. Es kam zu scharfem Meinungs austausch in dem Rate der Verwaltungskommission. Freilich änderte dies nichts an der Tatsache, daß es durch Fahrlässigkeit von seiten der militärischen Verwaltung zu der Explosion gekommen war.

Dieser Umstand entschuldigt aber in keiner Weise den Minister Nosek. Denn weder das Militär, noch die Polizei haben Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, im Gegenteil, sie haben selbst zu den Unruhen noch aufgereizt. Durch die Unfähigkeit und die Undiszipliniertheit der militärischen Funktionäre hat die tschechische Bevölkerung in Schönbrunn Sachschäden im Werte von 8 Millionen Kc erlitten, abgesehen von dem Verlust zahlreicher Heime. Und die deutsche Bevölkerung bezahlte mit dem ungewöhnlichen Verlust von zum Großteil unschuldigen Menschenleben nur deshalb, weil sich der Pöbel bereichern und sich ihres Eigentums bemächtigen wollte.

Lidice war ein lebendiges Denkmal des unseligen "Furor teutonicus", und Aussig a.E. war die Rehabilitierung der deutschen nazistischen Mörder. Die Zahl der Opfer war hier fast die vierfache. Wird dieses Verbrechen nicht als "Furor Czechoslovaka plebs" in die Geschichte eingehen?"

Wir haben nichts, was wir dieser schrecklichen Schilderung hinzufügen könnten. Vielleicht nur eines: Ob eine derartige Aufpeitschung niederster Leidenschaften nicht beabsichtigt war, um die sittlichen Grundlagen des Volkes zu untergraben und zu vernichten, das auf diese Weise betäubt und für den Schlachthof vorbereitet wurde? ...<<

Juli 1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen im Juli 1945 das ehemalige Kriegsgefangenenlager Fünfeichen bei Neubrandenburg. Im "Speziallager Nr. 9" werden zunächst 6.000 und später durchschnittlich 12.500 Deutsche interniert (x126/152).

Jugoslawien: Nach zum Teil über 1.000 Kilometer langen "Sühnemärschen" treffen im Juli und August 1945 mehr als 3.000 deutsche und österreichische Offiziere im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ein (x130/233). Das einzige jugoslawische Lager für gefangene Offiziere liegt an der rumänisch-ungarischen Grenze.

Ein gefangener Wehrmachtsoffizier berichtet später über das berüchtigte Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/234-235): >>Die Sterbeziffer war nach kurzer Zeit so hoch, daß täglich viele Kameraden tot und nackt im selbstgezimmernten Leichenwagen zur Vergrabung weggefahren werden mußten, an einem Tage waren es 32 Tote. Der lange Hungermarsch hatte die Widerstandskraft bei vielen Kameraden erlahmt. Oft fanden wir frühmorgens Kameraden tot neben uns liegen. Die deutschen Ärzte waren wegen Mangel an Medikamenten im Jahre 1945 ziemlich hilflos. Begräbniszeremonien gab es nicht.

Die Notdurft wurde im Freien auf Balken über aufgehobenen Gräben verrichtet.

Im Spätherbst wurden von Arbeitskommandos ... in ... Hallen Pritschenlager und zur Abtrennung der Gefangenenkompanien Lehmwände halb hochgezogen. Alle Dächer dieser beiden großen Hallen waren porös, überall hingen über den Pritschen Wasserabfänger aus Holz, Pappe oder Blech. Bei Regen entstanden auf dem Betonboden riesige Wasserlachen.

Trinkwasser ... wurde pro Tag und Person nur 1 Liter verabreicht. Erst im Herbst 1946 gab es für die Pritschen Stroh als Unterlage. Als wir der Flöhe Herr geworden waren, überfielen uns nachts die Wanzen, so daß von Zeit zu Zeit die Pritschen auseinandergenommen, die Holzteile im Freien abgebrannt und dann wieder zusammengebaut werden mußten.

Von Juli 1945 bis Sommer 1946 war das Lager ein sogenanntes Schweigelager. Es gab keine Postverbindung. Zwischen den 2 großen Hallen wurde 1946 eine große Abortgrube ausgehoben, mit Holz überdacht und 8 lange Sitzreihen angebracht. Bald waren dadurch in den Hallen Ratten einheimisch geworden.

Bis Weihnachten 1946 hatte sich die Gefangenenzahl von 3.000 auf 2.000 reduziert allein durch Tod. Als Sterbeursache wurde allgemein registriert "Dysenterie".

Trotz allen Ungemachs wurden 1946 eine "Stacheldraht-Universität", ein Lagerchor und eine "Bunte Bühne" gegründet, die bis Ende 1948 mit einfachsten Mitteln hervorragende Leistungen zuwege brachten.

Im Herbst 1948 begann die Repatriierung. Insgesamt 1.000 Kameraden wurden in die Heimat entlassen. Doch zu Neujahrsbeginn 1949 galt die Aktion dann als abgeschlossen. Ende Januar 1949 wurden alle noch verbliebenen Offiziere (ca. 1.200) zu Untersuchungsgefangenen erklärt. Das Vernehmungslager Werschetz war geboren und wurde entsprechend für seine "Aufgabe" umgebaut.

In ein- oder mehrwöchiger Vernehmungszeit in Einzelzellen (1 x 1,5 m) qualvoll gefesselt, vegetierten nun die "Untersuchungshäftlinge" und wurden durch mittelalterliche Methoden zu "Geständnissen" gepreßt, um verurteilt zu werden. Viele zum Tode. Die meisten zu Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit bis zu 25 Jahren. Für mehr als 80 Kameraden endete die Vernehmung mit Foltermord, mit Selbstmord oder Tod durch Entkräftung.<<